

Erklärung der G7 zur Ukraine, 11. Oktober 2022

Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7

1. Wir, die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Gruppe der Sieben (G7), sind heute mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky zusammengekommen. Unser Treffen fand statt vor dem Hintergrund der jüngsten Raketenangriffe auf zivile Infrastruktur und Städte in der gesamten Ukraine, die zum Tod unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten geführt haben. Wir verurteilen diese Angriffe auf das Schärfste und erinnern daran, dass willkürliche Angriffe auf unschuldige Zivilpersonen ein Kriegsverbrechen darstellen. Wir werden Präsident Putin und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.
2. Die G7 verurteilt mit Entschiedenheit den Versuch einer rechtswidrigen Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson zusätzlich zu derjenigen der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland und weist den Versuch unmissverständlich zurück. Wir bekräftigen feierlich, dass wir weder diese unrechtmäßige Annexion noch die Scheinreferenden, die Russland zu deren Rechtfertigung nutzt, jemals anerkennen werden.
3. Russland verletzt die in der VN-Charta verankerten Grundsätze auf eklatante Weise. Diese können und werden Russland keine rechtliche Grundlage dafür bieten, die Grenzen der Ukraine neu zu ziehen. Wir rufen alle Länder auf, diese Verstöße gegen das Völkerrecht unmissverständlich abzulehnen und von Russland zu verlangen, sämtliche Feindseligkeiten einzustellen und all seine Truppen und sein militärisches Gerät unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen aus der Ukraine abzuziehen.
4. Wir haben Russland weitere wirtschaftliche Kosten auferlegt und dabei auch Einzelpersonen und Organisationen in Russland und in anderen Ländern einbezogen, die Russlands unrechtmäßige Versuche, den Status ukrainischen Hoheitsgebiets zu verändern, politisch oder wirtschaftlich unterstützen, und werden dies auch künftig tun.
5. Wir bedauern die vorsätzlichen auf Eskalation ausgerichteten Maßnahmen Russlands, darunter die Teilmobilisierung von Reservisten und die verantwortungslose nukleare Rhetorik, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden. Wir bekräftigen, dass jeglicher Einsatz chemischer, biologischer oder nuklearer Waffen durch Russland schwerwiegende Konsequenzen nach sich zöge.
6. Wir verurteilen Russlands Vorgehen am ukrainischen Kernkraftwerk Saporischschja sowie den Druck, den es auf die Beschäftigten der Anlage ausübt. Dies ist eine weitere verantwortungslose Eskalation, und wir werden Russland für jeglichen Zwischenfall, der durch sein Vorgehen ausgelöst wird, zur Verantwortung ziehen. Sicherheit und Sicherung der Kernanlage sind von übergeordneter Bedeutung, und wir unterstützen die Bemühungen der Internationalen Atomenergie-Organisation in diesem Zusammenhang.
7. Wir erneuern unseren Aufruf an die belarussischen Behörden, den russischen Angriffskrieg nicht länger dadurch zu begünstigen, dass dem russischen Militär Unterstützung gewährt und russischen Streitkräften gestattet wird, belarussisches Hoheitsgebiet zu nutzen. Die Ankündigung einer gemeinsamen Militäreinheit ist das jüngste Beispiel für die Komplizenschaft des belarussischen Regimes

mit Russland. Wir appellieren erneut an das Lukaschenko-Regime, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen.

8. Wir erneuern unser uneingeschränktes Eintreten für die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Im Einklang mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, hat die Ukraine das legitime Recht, sich gegen Russlands Angriff zu verteidigen und die uneingeschränkte Kontrolle über ihr Hoheitsgebiet innerhalb der international anerkannten Grenzen zurückzuerlangen.
9. Wir haben Präsident Selensky versichert, dass wir fest und unbeirrt zu unserer Zusage stehen, der Ukraine die Unterstützung zu gewähren, die sie braucht, um ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit zu wahren. Wir werden die Ukraine weiterhin finanziell, militärisch, diplomatisch, rechtlich und durch humanitäre Hilfe unterstützen und fest an ihrer Seite stehen, solange es nötig ist. Wir sind entschlossen, die Ukraine dabei zu unterstützen, sich für den Winter zu rüsten.
10. Mit Blick auf eine tragfähige Friedensregelung nach dem Krieg sind wir weiterhin bereit, uns gemeinsam mit interessierten Ländern und Institutionen und der Ukraine auf langfristige Sicherheits- und andere Zusagen zu verständigen, um der Ukraine dabei zu helfen, sich selbst zu verteidigen, ihre freie und demokratische Zukunft zu sichern und künftige russische Angriffshandlungen zu verhindern. Wir werden uns in unserem Bemühen, den unmittelbaren Bedarf der Ukraine an militärischem Gerät und Verteidigungsgütern zu decken, weiterhin abstimmen. Wir sehen den Ergebnissen der internationalen Expertenkonferenz über die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine, die am 25. Oktober stattfinden wird, erwartungsvoll entgegen.
11. Kein Land will den Frieden mehr als die Ukraine, deren Bevölkerung im Zuge der russischen Aggression Tod, Vertreibung und zahllose Grausamkeiten erfahren musste. In Solidarität mit der Ukraine begrüßen die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7 Präsident Selenskys Bereitschaft zu einem gerechten Frieden. Dieser sollte folgende Elemente umfassen: Achtung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Schutzes der territorialen Unversehrtheit und Souveränität; Sicherung der zukünftigen Verteidigungsfähigkeit der Ukraine; Gewährleistung der Erholung und des Wiederaufbaus der Ukraine, auch unter Prüfung von Möglichkeiten, hierzu Mittel aus Russland einzusetzen; Rechenschaft für im Krieg begangene russische Verbrechen.
12. Wir sind zutiefst verstört angesichts der vorsätzlichen Beschädigung der Nordstream-Pipelines in internationalen Gewässern der Ostsee und verurteilen jegliche vorsätzliche Unterbrechung kritischer Infrastruktur scharf. Wir begrüßen die laufenden Ermittlungen.
13. Wir werden solidarisch und in enger Abstimmung handeln, um die negativen Auswirkungen der russischen Aggression auf die Stabilität der Weltwirtschaft anzugehen, auch indem wir weiterhin zusammenarbeiten, um Sicherheit und Bezahlbarkeit von Energie innerhalb der G7 und darüber hinaus zu gewährleisten.